

# löwenzahn

Mitteilungsblatt der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig \_Heft 02 | 2014

Zum Freiheits- und Einheitsdenkmal [↗ Seite 3](#)

Zur Finanzierung des katholischen Kirchentages [↗ Seite 4](#)

Zum Stadtentwicklungsplan Verkehr [↗ Seite 5](#)



**DIE LINKE.**

Fraktion im Stadtrat zu Leipzig



## Oft nicht mal mehr Geld für die Miete

„Leipzigs Kleiderkammer vor dem Aus“, „Bürgerverein droht Insolvenz“ oder „Ökolöwe muss gerettet werden“. Derartige Schlagzeilen häufen sich in den vergangenen Monaten. Sie signalisieren eine dramatische Situation der Leipziger Vereinslandschaft, die das kulturelle, soziale und sportliche Leben in unserer Stadt auf vielfältige Weise prägen.

Doch was jetzt ans Licht der Presseöffentlichkeit kommt, gärt schon lange: Der facettenreichen Vereinslandschaft unserer Stadt droht akute Atemnot. Die Ursachen sind vielfältig. Die Vorstände der Vereine sehen sich zudem kaum mehr in der Lage, ihre Arbeit ehrenamtlich wahrzunehmen. Die meiste Zeit verbringen sie damit, Geld zu besorgen, um die Vereinsarbeit überhaupt am Laufen zu halten. Sie bewältigen Berge von Bürokratie und kommen immer öfter an die Grenze dessen, was ehrenamtliche Arbeit zu leisten vermag. Nicht zuletzt auch, weil die lokale Wirtschaft nur in Einzelfällen in der Lage ist, nennenswerte Summen für die Vereinsarbeit bereitzustellen. Die inhaltliche Arbeit bleibt dabei immer häufiger auf der Strecke, die Vereine drohen zur leeren Hülse zu werden.

Die Fraktion DIE LINKE hat vor diesem Hintergrund einen Antrag (A 570) eingereicht. Sie fordert die Stadt Leipzig auf, bis zum Ende dieses Jahres eine grundlegende Analyse der Leipziger Vereinslandschaft zu erstellen und daraus abgeleitet ein Konzept für deren strukturelle Sicherung zu erarbeiten – selbstredend unter aktiver Mitwirkung der Akteure.

↳ Sören Pellmann

„Der Weg vom individuellen zum kollektiven Gedächtnis ist nicht der eines einfachen Analogieschlusses.“ Diese so einfach und überzeugend klingende Wahrheit der Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann bringt das vorläufige Ergebnis im Ringen um ein Leipziger Freiheits- und Einheitsdenkmal auf den Punkt. Warum wurde – warum wird um jenes Denkmal so erbittert gestritten? Jeder, der beteiligt war, glaubt zu wissen, wie man der Ereignisse des 89er Herbstes erinnern sollte.

Jeder ist Zeitszeuge, denn wir alle waren im Herbst 1989 bereits auf der Welt. Manche waren bereits bei den Montagsgebeten von Pfarrer Führer dabei, andere reihten sich erst in den Zug der Montagsdemonstrationen ein, als bereits der Ruf erschallte „Wir sind ein Volk“, wiederum andere prägte vor allem die Aufbruchsstimmung der Neunzigerjahre, die sie nach Leipzig lockte, andere sehen ihre Utopie vom Dritten Weg in Scherben, für viele sind die Folgen von '89 bedeutsamer als die Erfahrung des „Dabei-gewesen-seins“. Für alle aber gilt das Diktum: Subjektive Erfahrung ist nicht diskursiv, sie ist immer wahr. Diese Eigenheit individueller Erfahrung gilt es zu respektieren, ohne jegliche Einschränkungen – auf allen Seiten zu jeder Zeit.

Wie aber kondensiert individuelle Erfahrung zum kollektiven Gedächtnis? „Es [...] stützt sich auf Erzählungen, die wie Mythen und Legenden eine narrative Struktur und klare Aussage haben. Schließlich existiert es nicht als ein labiles und flüchtiges Gebilde, sondern beruht auf symbolischen Zeichen, die einzelne Erinnerungen auswählen, fixieren, verallgemeinern und über die Grenzen der Generationen hinweg tradierbar machen.“<sup>1</sup> Wenn Aleida Assmann hier von Erzählungen mit mythologisch-narrativer Struktur und klarer Aussage spricht, dann wird schnell offenkundig, warum die Bemühungen um ein Leipziger Freiheits- und Einheitsdenkmal in der Ratsversammlung vom Juli 2014 zu einem vorläufigen Ende gekommen sind: Die Erzählungen sind noch zu disparat, zu vielfältig die Perspektiven, klare Aussagen, einfache Antworten nicht zu haben.

Ich halte das für eine Qualität und warne davor, die Geschichte hegemonial einebnen zu wollen, wie das zuweilen geschieht. Torben Ibs beispielsweise betrachtet das Lichtfest als ein solches Instrument der Einebnung, wenn er in einem lesenswerten Aufsatz zu diesem „Ritual der Erinnerung“ in einem kürzlich von der Leipziger Theaterwissenschaft herausgegebenen Sammelband schreibt: „Die Geschichte wird auf das gültige Narrativ zugerichtet.“<sup>2</sup> In der Historiografie wie auch in der Politik ist die Perspek-



## Der Weg vom individuellen zum kollektiven Gedächtnis ist nicht der eines einfachen Analogieschlusses



tive der Ausgegrenzten und Verstummten stets bedenkenswert und wertvoll.

Vielleicht fürchten sich viele Leipzigerinnen und Leipziger genau davor: dass ihre individuelle Erfahrung in einer kollektiven, hegemonial zugerichteten Erzählung verloren geht, verschwiegen, ausgegrenzt wird. Die Angst vor dem von der Fraktion DIE LINKE geforderten Bürgerentscheid nährt genau diese Befürchtungen. Wollen wir wirklich – 25 Jahre nach dem Systemumbruch – zugeben, dass wir Angst haben, die Bürgerinnen und Bürger um ihre Meinung zu fragen?

Die von der Verwaltung angeführte Argumentation rüstet da eher auf als ab, wenn sie ins Feld führt, es handle sich beim Leipziger Freiheits- und Einheitsdenkmal um ein „Nationaldenkmal“. Diese Begrifflichkeit zeugt von Engstirnigkeit. Mit etwas Wohlwollen sehe ich so etwas ähnliches wie eine nationale Implikation auf administrativer Ebene. Denn tatsächlich sind der Bund, der Freistaat und die Kommune beteiligt. Aber dem Geiste nach wünschen wir uns hoffentlich kein Nationaldenkmal. Der Begriff der Nation ist zu Recht anachronistisch, und er trifft auf den Gegenstand nicht zu. Entweder wollen wir an die Leipziger Ereignisse im Herbst '89 erinnern, dann sollten wir fragen, ob die deutsche Einheit tatsächlich von Leipzig ausgegangen ist. Oder

wir wollen an den Systemumbruch im Ostblock erinnern, dann ist dieser ohne transnationale Perspektive überhaupt nicht zu begreifen. Also, wenn es sich um ein Leipziger Freiheitsdenkmal handeln soll, dann bleibt es mehr als legitim, die Leipzigerinnen und Leipziger zu befragen. Im Juli 2014 hat der Stadtrat auf Antrag der LINKEN den Wettbewerb zum Leipziger Freiheits- und Einheitsdenkmal

beit, die noch nicht an ihr Ende gekommen ist. Es bestätigt eher die Bedeutung des Anlasses, als dass es sie schmälert. Es ist das Wesen einer demokratischen Gesellschaft im Unterschied zu nichtdemokratischen Gesellschaften, dass sie zur Korrektur fähig ist. Auch darum ging es den Akteuren des Leipziger Herbstes.

↳ Dr. Skadi Jennicke



Ausstellungseröffnung zum Wettbewerb Freiheits- und Einheitsdenkmal am 13. Juli 2012

beendet. Das ist keine Niederlage. Verlieren kann nur, wer gewinnen will. Und von den „Siegern der Geschichte“ haben wir hier in Leipzig vielleicht auch genug. Die Stadtratsentscheidung ist besser als „Schritt ins Offene“ zu verstehen, als Teil der Arbeit am „kollektiven Gedächtnis“. Die vehemente Ablehnung wie die begeisterte Zustimmung zu der Denkmalsidee sind lebendige Erinnerungsar-

1 \_Assmann, Aleida: Kollektives Gedächtnis. <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39802/kollektives-gedaechtnis?p=all> abgerufen am 15.7.2014

2 \_Ibs, Torben: Rituale der Erinnerung. Lichtfest Leipzig. In: Heeg, Günther, u.a. Reenacting History: Theater & Geschichte. Berlin, 2014. S. 106–115, S. 113.



## Eine Millionen für Deutschen Katholikentag in Leipzig – eine falsche Entscheidung des Stadtrates

Bereits 1784 forderte der Philosoph Immanuel Kant: „Habe den Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen.“ Nach den Wirren der Französischen Revolution 1789 verbreiteten sich die Gedanken der Aufklärung in Europa. Spätestens mit Napoleon erreichten sie auch das Bürgertum Leipzigs und hatten hier großen Zuspruch. Mit der Arbeiterbewegung Mitte des 19. Jahrhunderts

und ihren Bildungsvereinen wurden diese Gedanken auch durch das Leipziger Proletariat aufgegriffen. Deshalb, und nicht wegen einer kirchenfeindlichen Politik in der DDR, sind nur etwa 20 % der Leipziger, trotz stetigem Zuzug aus religiösen Teilen Deutschlands, kirchlich gebunden. Gerade einmal 4 % sind katholisch. Das ist der Grund, warum die Laienbewegung der deutschen Katholiken

den 100. Katholikentag gerade in unserer Stadt feiern will. Ein Narr, der glaubt, dass dieser Wunsch keinen missionarischen Ansatz trägt.

Aber weil auch die atheistische Mehrheit in Leipzig vom Humanismus und von der jüdisch-christlichen Kultur geprägt ist, ist sie tolerant und hat nichts dagegen, wenn dieses Fest 2016 hier gefeiert wird. Aber sie hat etwas dagegen, wenn sie die Zechen zahlen soll, die nicht die ihre ist. Eine Million Euro ist viel Geld, das zudem noch denen weggenommen wird, die am wenigsten vom Fest profitieren.

Die Leipziger fragen sich zwar, warum es in der reichen katholischen Kirche keine gerechte Verteilung

der Mittel gibt, damit sich ihre Laien einen solchen Festtag ohne Bettelei leisten können. Sie fragen sich, warum der deutsche Staat jährlich mit einer halben Milliarde Euro die Gehälter der Würdenträger der Kirchen zahlt, was dem Verfassungsauftrag von 1919 bzw. 1949 zur Trennung von Staat und Kirche widerspricht. Weder die Weimarer noch die Bundesrepublik haben diesen Verfassungsauftrag erfüllt.

Aber das ist für die aktuelle Entscheidung sekundär. Nur, dass der Oberbürgermeister ein falsches Spiel spielt, macht stutzig. Denn er sagte, dass über die Umweg-Rentabilität zehn mal mehr Geld in die Stadt zurückfließt. Dass diese Summe aber niemals die Stadtkasse erreicht, sondern, wenn überhaupt in dieser Höhe, Hotels, Gaststätten und einige ausgewählte Unternehmen profitieren, sagte er nicht. Das damit öffentliche Mittel kalt privatisiert werden, die eigentlich dem Sozialbereich oder Schulen, Kitas, Straßen, Brücken, Naturkundemuseum, Stadtbad, Elsterstausee usw. entzogen werden, sagte er auch nicht. Er sagte auch nicht, dass, wenn wirklich zehn Millionen Euro in die Unternehmen fließen, die Gewerbesteuer maximal 600.000 Euro zurück in die klappe Stadtkasse bringt.

Nein, angesichts der finanziellen Lage Leipzigs ist eine Million Euro unangemessen. Da vergeht uns Leipzigern die Lust, gute Gastgeber zu sein.

Als Stadträte sind wir den Bürgern und keiner Kirche verpflichtet. Deshalb ist die Stadtratsentscheidung vom 17. Oktober falsch. Meine Fraktion hat daher den Zuschuss zum 100. Katholikentag 2016 mehrheitlich abgelehnt.

➤ *William Grosser*





## Stadtentwicklungsplan Verkehr – ein Konzept für die Zukunft?



Der neue Stadtentwicklungsplan Verkehr, welcher in den letzten beiden Jahren unter Beteiligung des Rundes Tisches „Verkehrs“ entstand, ist eine deutliche Abkehr von der Strategie der 1990iger Jahre.

Statt auf überholte Konzepte der „autogerechten“ Stadt zu setzen und neue Straßen zu bauen, erhält der Umweltverbund nun eine deutliche höhere Akzeptanz. Zukünftig sollen nur noch 25 % aller Wege in der Stadt, die durch die Leipziger zurückgelegt werden, mit dem PKW absolviert werden. Diese Vorgabe ermöglicht bei einer Umsetzung, dass die Belastung durch den motorisierten Verkehr in unsere Stadt trotz steigender Einwohnerzahlen sich nicht erhöht, ggf. sogar gesenkt wird. Damit sinkt auch die Umweltbelastung.



Grundvoraussetzung dafür ist jedoch, dass alternative Verkehrsmittel gefördert werden.

Der Zustand vieler Gehwege und Fußgängerquerungen sowie der Radverkehrsanlagen stellen derzeit keinen attraktiven Anreiz für die Fortbewegung mit den eigenen Beinen dar. Hinzu kommt, dass auch das Konzept „Stadt der kurzen Wege“ – fußläufige Entfernungen zum Einkaufen, Arzt- und Schulbesuch und für Freizeitaktivitäten, noch nicht optimal umgesetzt werden konnte. Alleine der Weg zum Kindergarten erstreckt sich teilweise über mehrere Kilometer,

weil eine wohnortnahe Versorgung derzeit nicht sichergestellt werden kann.

Aber auch der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), einschließlich der S-Bahn, bedarf einer weiteren Entwicklung. Schon in den letzten Jahren war er-

kennbar, dass trotz des Sinneswandels in der Bürgerschaft und des Anstieges der Fahrgastzahlen die finanzielle Ausstattung des ÖPNV nicht mehr ausreichend ist. Wenn also zukünftig jeder vierte Weg mit dem ÖPNV/SPNV absolviert werden soll, bedarf es eines neuen Finanzierungskonzeptes. Leider verweigert die Stadtverwaltung mit immer wieder neuen Argumenten die Vorlage eines solchen Konzeptes, ungeachtet bereits vorhandener diesbezüglicher Ratsbeschlüsse. Dabei ist jeder zusätzliche Cent für den Umweltverbund (Fußgänger, Radfahrer, ÖPNV/SPNV-Benutzer) ein Beitrag zur Haushaltssanierung. Wieso?

Der Bau neuer Straßen für eine autogerechte Stadt würde ein Vielfaches der Investitionsmittel benötigen, die für den Bau von Fuß- und Radfahrwegen und Straßenbahntrassen benötigt werden. Gleichzeitig erhöht sich durch die geringere Belastung unseres Hauptstraßen-

netzes die Attraktivität von Wohnungen und Geschäften entlang dieser Trassen. Es macht wieder Spaß, in seinem Quartier zu wohnen und zu leben.

Der Stadtentwicklungsplan Verkehr setzt aus Sicht der Fraktion DIE LINKE ein gutes Zeichen für unsere Zukunft, vorge setzt, dem Konzept folgen konkrete Taten, und eine weitere Preisspirale für den ÖPNV-Benutzer kann dank eines solidarischen Finanzierungskonzeptes verhindert werden.

↳ Jens Herrmann-Kambach



## Ein Betreiberkonzept für die Völkerfreundschaft

Um die Trendwende und die Entwicklung Grünaus zu einem attraktiven, familienfreundlichen Stadtteil zu fördern, ist auch die Entwicklung des Freizeittreffs „Völkerfreundschaft“ eine gute Möglichkeit. Der Oberbürgermeister sprach bei seinem Rundgang durch Grünau in diesem Zusammenhang von der vielfältigen Nutzung als Bürgerhaus.

Der Freizeittreff wird zurzeit für Kinder und Jugendliche, zur Vermietung an Sportvereine und zur Vermietung des großen Saals genutzt. Doch die Angebote der „Völle“ sind im Vergleich zu anderen, kleineren Einrichtungen seit Jahren deutlich geringer.

Es gibt seit geraumer Zeit Probleme, die nicht zuletzt darin begründet sind, dass die Verantwortlichen hinter verschiedenen Türen im Rathaus sitzen – nämlich im Jugendamt, dem Kulturamt, dem Sportamt, dem Amt für Gebäudemanagement oder dem Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbau. Die Mitarbeiter vor Ort sind sehr engagiert, stoßen aber an ihre Grenzen.



Um das Potenzial des OFT Völkerfreundschaft als größte und zentral gelegene Freizeiteinrichtung in Grünau zu erschließen, halten wir ein integriertes Betreiberkonzept für notwendig. Lösungen sind hier nur ämterübergreifend möglich.

Unseren entsprechenden Antrag lehnte die Verwaltung allerdings ab mit der Begründung, das sei bereits Verwaltungshandeln.

Dennoch hat der Stadtrat mit großer Einmütigkeit unserem Antrag zugestimmt. Nur zwei fraktionslose Stadträte waren dagegen. Offenbar haben sie etwas gegen die Völkerfreundschaft.

Die Stadt bleibt als kommunale Trägerin in der Verantwortung. Sorgfältig muss hingegen abgewogen werden, ob auch die Betreibung kommunal erfolgt oder durch Externe. Und das sollte

gemeinsam mit den jetzigen Nutzern geschehen, mit ihnen und nicht gegen sie. Zum einen sollten die Konflikte zwischen den verschiedenen Nutzern nicht auf Dritte abgewälzt werden, die im Zweifelsfall ja doch immer wieder an die Rath austüren klopfen müssten. Darüber hinaus ist es nicht auszuschließen, dass neue Konflikte entstehen könnten – denn potenzielle private Betreiber haben ja auch eigene Interessen als Nutzer. Und ein privater Betreiber als reiner Hausmeisterdienst – sorry – „facility management“ – rechnet sich wohl nur bei Billiglöhnen. Die Grünauer Wohnungsgesellschaften? Die winken ab und sagen „lohnt sich nicht, viel zu groß“. Und die LWB hat nach den vielen Wohnungsabrissen ihre Präsenz in Grünau so reduziert, dass auch ihre Beauftragung keine sinnvolle Lösung wäre.

Noch in diesem Jahr soll das Betreiberkonzept kommen. Da ist die Verwaltung noch in der Bringepflicht. Aber sie setzt es ja bekanntlich schon um. Oder tut das hoffentlich bald.

➤ Dr. Ilse Lauter





## Ab wieviel Bäume sagt man Wald?



Diese Frage stellte sich in den 1980er Jahren ein Leipziger in der Sendung „Außenseiter – Spitzenreiter“. Damals ließ man diese Fragen einen Philosophen beantworten, er meinte, immer dann, wenn eine Quantität sich in eine neue Qualität wandelt. Die Frage, aus der Neugierde entstanden, hat 2014 in Leipzig immense wirtschaftliche Bedeutung und regt die Gemüter im Leipziger Südwesten auf.

Wenn in Leipzig oder irgendwo in Deutschland eine Fläche der Natur entzogen werden muss, dann muss zwingend auf einer anderen Fläche ausgeglichen werden. Die Ansiedlungen von BMW, DHL und Porsche haben dazu geführt, dass keinerlei solche Flächen in Leipzig zur Verfügung stehen. Zum Unmut der Leipziger Bürgerschaft gleicht die Stadt Leipzig im Leipziger Umland aus, pflanzt dort Wald und stärkt die Attraktivität der Umlandgemeinden. Es wird die entzogene Fläche mit Ökopunkten bewertet. Die neue Fläche muss dieselbe Anzahl Ökopunkte hergeben, wie die alte. Wald hat naturgemäß eine besonders hohe spezifische Ökopunktzahl.

Deshalb ist der Zorn der Menschen verständlich, wenn sie erfahren, wie nachlässig mit dem Eigentum der Stadt umgegangen wird.

Zur Historie: Mitte der 1990er Jahre hat die Stadt Leipzig im Randgebiet des Leipziger Südwesten ein Baugebiet ausgewiesen und entwickelt, welches für den Eigenheimbau ohne Bauträger geeignet erschien. Das Baugebiet nennt sich Thomas-Müntzer-Siedlung neu und umschließt knapp 50 ha, wovon 25 ha für die Eigenheimbebauung vorgesehen sind. Die Fläche, die für den Bau bereitgestellt werden sollte, war landwirtschaftliche Nutzfläche, mit

den bekannten hohen Bodenwertzahlen, aber doch mit geringen Ökozahlen.

Das Gebiet wurde in die Hand einer städtischen Gesellschaft übergeben, der LESG. Diese Gesellschaft behauptet auf ihrer Internetseite: „Die LESG ist die Entwicklungsgesellschaft der Stadt Leipzig. Sie wirkt seit 1997 an der Stadtentwicklung

selbst und gab die Flächen wieder an die Stadt zurück. Aber nicht als Acker oder Grünland, sondern als Wald! Offensichtlich hat dies die Gesellschaft auch gewusst, denn sie sägte kurzerhand die Bäume weg. Die Stadt übernahm und vernachlässigte die Flächen ähnlich der Gesellschaft, der Wald wuchs weiter.



*Leipzigs mit. Sie besitzt ein leistungsfähiges Team aus engagierten Mitarbeitern, die auf ein umfassendes Fachwissen in ingenieurtechnischen, kaufmännischen und juristischen Bereichen bauen.“*

Nur vermarkten, das war hier der Auftrag, scheint die Firma indes nicht zu können. Schleppend ging sie voran, der Gerechtigkeit halber muss man sagen, dass die neue Autobahn A38 und die neu erschlossene Kiesgrube ihren Teil dazu beitragen. Nur gute Verkäufer hätten den Wert des Ortes kommuniziert und entwickelt. Es kam wie es kam, die Gesellschaft erklärte ihre Unfähigkeit

Im Jahr 2014 lief der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat die Galle über, sie stellte dann folgenden Antrag:

- Der Bebauungsplan 132.1 Erweiterte Thomas-Müntzer-Siedlung wird dort aufgehoben, wo auf den Flächen das Waldgesetz greift und eine Wohnbebauung nur mit erheblichen Mitteln möglich wird.
- Die entstanden Waldgebiete werden als Ausgleichsflächen genommen und systematisch zu höherwertigem Wald entwickelt.

»»»» weiter auf Seite 8

- In einem Bericht wird der Stadtrat darüber informiert, in welcher Höhe der Stadt Leipzig Schaden dadurch entstanden ist, dass die Bauflächen nicht in einem Zustand gehalten worden sind, der jederzeit eine Bebauung ermöglicht.



- Es wird geprüft, ob die Verantwortlichen in Regress genommen werden können.

Händeringend sucht die Stadt nach Ausgleichsflächen. Hier haben wir ohne jeden Gegenwert ökologischen Zugewinn erreicht, den niemand haben will. In Absicht hätte man die Flächen als Ausgleichspotenzial ausweisen und kräftig die Stadtkas-

se füllen können. Nunmehr haben wir aber Geld vernichtet, denn die Flächen sind nur mit Abschlag verwertbar. Denn wer dort bauen will, der muss Ausgleich für den Wald geben.

Dies weiß sicher auch die Verwaltung und nun geht es nach dem Schema „Schrapps hat den Hut verloren“. Niemand will geschlampt haben. Um dies ein für allemal zu beenden, hat Stadtrat Engelmann Bürgermeister Rosenthal aufgefordert, das Alter des Waldes festzustellen.

Wir finden folgende Aussagen:

Zur Feststellung des Alters des Waldbestandes wurde die Fläche am 01.09.2014 von Herrn Sickert (Abteilungsleiter Stadtförster) und durch Herrn Knorr (SGL Stadtförstrevier Connewitz) aufgesucht.

*Zuerst erfolgte nochmals eine Inaugenscheinnahme der Gesamtfläche. Dabei wurde festgestellt, dass der Großteil der stärkeren Baume relativ gleich dimensioniert ist. Daraus lässt sich schließen, dass die Bäume alle in einem relativ gleichen Alter sind.*

*Weiterhin wurden viele mehrstämmige Bäume gefunden. Dies ist ein Indiz dafür, dass zumindest große Teile der Fläche bereits vor längerer Zeit mit Gehölzen bestockt, dann aber herabgeschnitten wurden.*

*Da eine Rodung der Stubben unterblieb, schlugen diese wieder aus, und aus den Stockausschlägen entwickelten sich die vorgefundenen mehrstämmigen Bäume.*

*Dieser Umstand unterstreicht die schon genannte Feststellung, dass sich die heute auf der Fläche stockenden Gehölze alle im fast gleichen Alter befinden.*

*Es wurden am 01.09.2014 von drei repräsentativen Bäumen (Aspe, Weide, Birke) Baumscheiben entnommen. Die Zahl der Jahresringe sagt aus, dass sich alle gefälltten Bäume mindestens in der zehnten Vegetationszeit befanden. Die aktuelle Bestockung ist somit mindestens zehn Jahre alt ist.*

*Im Jahr 2009 befanden sich die Baume mindestens in der fünften Vegetationszeit. Die untersuchten Bäume wiesen anhand der Jahresringe im Jahr 2009 einen Durchmesser von 3 bis 5 cm auf.*

*Aufgrund der für das Jahr 2009 anzunehmenden Bestockung, der festgestellten Dimensionierung der Baume, der Größe (ca. 10 ha) und Form der Fläche (quadratisch) war im Jahr 2009 die Waldeigenschaft gegeben.*

Fassen wir zusammen:

Fünf Jahre hat die LESG geschlampt und fünf Jahre auch die Stadt. Viele Bürger sind fassungslos. Die Stadt hat kaum Geld, aber das bisschen, was sie hat, verbrennt sie faktisch. Wem kann man das noch erklären. Der Schaden liegt nach Ansicht des Verfassers im Millionenbereich.

Die Abarbeitung unseres Antrages steht im Übrigen noch aus.

✎ Reiner Engelmann